

IN KÜRZE



Rechte stören Christopher-Street-Day

WEISSENFELS/DPA - Den ersten Christopher-Street-Day (CSD) mit 600 Teilnehmern in Weißenfels (Burgenlandkreis) haben am Samstag mutmaßlich Rechtsextreme gestört. Dabei soll auch der Hitlergruß gezeigt worden sein, sagte eine Polizeisprecherin. Der Staatsschutz ermittle. Laut Veranstalter sollen die Rechten Flaschen und Feuerzeuge in Richtung der CSD-Teilnehmer geworfen haben. An der Störaktion noch vor Beginn des CSD am Weißenfelser Markt waren mehr als 20 Menschen beteiligt. FOTO: SCHLEGEL

Leiche nach Feuer entdeckt

WEISSENFELS/MZ - In einem ausgebrannten Auto in Weißenfels im Burgenlandkreis ist in der Nacht zu Sonntag eine Leiche entdeckt worden. Die Identität sei noch unbekannt, teilte die Polizei in Halle mit. Eine Zeugin hatte das brennende Fahrzeug auf der B91 bei Weißenfels-Nord entdeckt. Ersten Erkenntnissen zufolge kam der Wagen von der Straße ab, prallte gegen eine Lärmschutzwand und geriet in Brand.

Versicherte häufig krankgeschrieben

MAGDEBURG/DPA - Die Versicherten der DAK-Gesundheit in Sachsen-Anhalt sind im ersten Halbjahr 2023 besonders häufig krankgeschrieben gewesen. Im Vergleich zum Vorjahres halbjahr habe es 47 Prozent mehr Fälle gegeben, so die Versicherung. Bezogen auf 100 Beschäftigte habe es im ersten Halbjahr 2022 rund 75 Krankenschreibungen gegeben, in diesem seien es 110 Fälle. Insbesondere kurze Erkrankungsfälle seien häufiger, vor allem bei Atemwegserkrankungen.

Anwohner löschen brennendes Auto

WERNIGERODE/MZ - Mit Wassereimern und einem Feuerlöscher haben Anwohner in Wernigerode im Harz in der Nacht zu Sonntag noch vor Eintreffen der Feuerwehr ein brennendes Auto gelöscht. Sie hätten verhindert, dass das vorn im Pkw ausgebrochene Feuer auf den

Innenraum übergreifen oder Schlimmeres passieren konnte, teilte die Polizei in Halberstadt mit. Eine 61-Jährige habe die Flammen bemerkt. Die 24-jährige Fahrzeugbesitzerin sei „zu den Umständen des Brandes“ befragt worden, hieß es. Die Ermittlungen laufen.

Waldbrandgefahr lokal gestiegen

HALBERSTADT/MZ - In Magdeburg und im angrenzenden Salzlandkreis ist die Waldbrandgefahr im Land aktuell am höchsten. Für beide Regionen sei am Freitag die Gefahrenstufe drei von fünf ausgerufen worden, geht aus einer Übersicht des in Halberstadt ansässigen Landeszentrums Wald hervor. In den meisten anderen Gebieten Sachsen-Anhalts gelte Stufe zwei, in sechs Regionen die niedrigste Stufe eins. In den nächsten Tagen sind laut Deutschem Wetterdienst in Leipzig Starkregen und Gewittern möglich – jedoch nicht flächendeckend.

Angriff auf Mann bei Gassirunde

WERNIGERODE/DPA - Die letzte Gassirunde des Tages mit seinem Hund endete für einen Mann in Wernigerode im Harz im Krankenhaus. Drei Jugendliche hätten den 35-Jährigen am späten Freitagabend angegriffen und bewusstlos geschlagen, teilte die Polizei in Halberstadt mit. Er soll das Trio zuvor angesprochen haben, da sie in der Unterführung Flaschen zerschlagen haben sollen. Die Jugendlichen seien geflüchtet.

AUFGEFALLEN

Zuckerberg zweifelt an Musks Mut

Facebook-Gründer Mark Zuckerberg zeigt sich skeptisch, ob Tech-Milliardär Elon Musk sich wirklich auf einen Käfigkampf mit ihm einlässt. Nachdem Musk nun verkündete, der Kampf solle vor historischer Kulisse in Italien stattfinden, merkte Zuckerberg an: „Wenn er jemals einem tatsächlichen Termin zustimmt, erfährt ihr das von mir.“ Bis dahin gelte: „Bitte geht davon aus, dass es keine Einigung zu irgendetwas gibt, was er behauptet.“

Tesla-Chef Musk hatte auch geschrieben, dass er eine Operation am Schulterblatt benötige, von der er sich für Monate erholen müsse. Der 39-jährige Zuckerberg trainiert seit längerem mit Kampfsport-Trainern



und ist sichtlich fitter als der 52-jährige Musk. Dieser schrieb kürzlich bei seiner Online-Plattform X (ehemals Twitter), er habe Gewichte nebenbei auf der Arbeit, weil er keine Zeit für Training habe.

Zuckerberg hingegen veröffentlichte bei seiner Konkurrenz-App Threads ein Foto von ihm beim Training. Er sei jederzeit für den Kampf bereit, zu dem ihn Musk schon im Juni herausgefordert hatte. FOTO: DPA

Klartext statt Brandmauer

AfD Man kann die Partei offensiv mit Argumenten entzaubern, meint Politikprofessor Johannes Varwick aus Halle. Er warnt davor, die „Nazikeule“ zu schwingen.

VON MATTHIAS MÜLLER

HALLE/MZ - „Wir befinden uns in einer paradoxen Situation“, sagt Johannes Varwick. Die AfD habe sich inzwischen massiv radikalisiert – und erlebe in Umfragen gleichzeitig einen Höhenflug. „Das ist ein Alarmsignal für die Zukunft der Demokratie“, ist der Politikprofessor von der Martin-Luther-Universität Halle überzeugt. Er fordert einen offensiveren Umgang mit der Partei und hat dazu sechs Überlegungen zusammengestellt – zwischen Toleranz und Härte. Eine Einordnung:

1 „Wer die AfD wählt oder sich dort engagiert, weiß, was er tut – und spielt mit dem Feuer.“

Nicht alle Funktionäre und Mitglieder der AfD seien rechtsextrem, sagt Varwick. „Aber die Partei duldet und fördert rechtsextremistische Positionen.“ Wer sich in diesem Sinne mit ihr „ins Bett lege“, der tue das im Wissen um diese Situation. „Dass die AfD keine normale Partei ist und man sie auch nicht so behandeln kann, muss man in jeder Debatte, in jeder Diskussion deutlich machen.“

Doch warum mischt sich Varwick dabei selbst ein? Sein Forschungsschwerpunkt sind internationale Beziehungen, einer breiten Öffentlichkeit ist er bekannt für seine teils umstrittenen Äußerungen zum Ukrainekrieg. Und nun das AfD-Thema? „Ich verstehe meine Rolle als Hochschullehrer in Sachsen-Anhalt so, dass ich mich zu diesem brennenden Problem positioniere“, sagt er. Es gehe schließlich um die Stabilität der Demokratie.

2 „Höchstmäß an Toleranz auch gegenüber der AfD – selbst, wenn es wehtut.“

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung lasse keinen Raum für Positionen, die diese abschaffen oder verächtlich machen wollen, betont Varwick. Gleichzeitig verlange sie aber Toleranz gegenüber politisch und weltanschaulich Andersdenkenden. „Dieses Spannungsverhältnis sollte auch den Umgang mit der AfD prägen.“

Aber was heißt das konkret, wo genau endet eine solche Toleranz? Die Abgrenzung zum radikalen Spektrum sei das Entscheidende, meint Varwick. Das könne man am Thema Migration gut darstellen: Wenn jemand sage, es gebe zu viele Ausländer hier und das wolle man so nicht, „dann ist das in einer demokratischen Auseinandersetzung legitim, auch wenn es nicht meine Position ist“. Anders sei es, wenn man Einwanderern aus rassistischen Gründen abspreche, dass sie „richtige Deutsche“ sein könnten. „Das geht nicht, das widerspricht der Menschenwürde – und das ist



„Abgrenzung und Ignorieren hat nicht funktioniert“, sagt Politologe Varwick über die von Tino Chrupalla und Alice Weidel geführte AfD. Varwick fordert einen neuen Umgang mit der rechten Partei. FOTO: DPA

einer der Gründe, warum der Verfassungsschutz Teile der AfD beobachtet.“

3 „Parteiverbot als letztes Mittel nicht ausschließen.“

„Die wehrhafte Demokratie ist nicht wehrlos, wenn es darauf ankommt“, betont Varwick. Zurecht würden Teile der AfD als „rechts-extremistischer Verdachtsfall“ gesehen und nachrichtendienstlich beobachtet. Mit solchen Strömun-



„Wer die AfD wählt, der spielt mit dem Feuer.“

Johannes Varwick
Politikprofessor Universität Halle
FOTO: IMAGO/FUTURE IMAGE

gen könne man nicht zusammenarbeiten, man könne sie nur bekämpfen. „Damit ist ein Verbot als letztes Mittel nicht auszuschließen. Im Moment sei er noch nicht dafür. „Aber auch das wäre eine mögliche Reaktion in Zukunft.“

4 „Die Argumente der AfD können entzaubert werden.“

Er befürworte, „die mir persönlich zutiefst unsympathischen Positionen der AfD im offenen Diskurs anzugehen“, sagt Varwick. Man müsse als Demokrat offensiv die inhaltliche und sachliche Auseinandersetzung suchen und dagegenhalten. „Viele Argumente der AfD sind einfach nicht tragfähig, müssen in ihren Konsequenzen erläutert und können entzaubert werden.“ Allerdings fordert er eine Differenzierung: „Man kann anderer Meinung sein, ohne permanent in Freund-Feind-Kategorien zu denken.“

5 „Rechtskonservative Ansätze sind legitim.“

Man solle nicht bei jeder abweichenden Meinung oder anderen Weltbildern gleich die „Nazikeule“ schwingen, so Varwick. Demokratie bedeute, dass auch der andere recht haben könnte. Das gelte auch

für die AfD. Entsprechend lohne es sich auch für andere Parteien, Positionen zu überdenken, wie etwa in der Migrationsfrage.

Doch warnen nicht andere Forscher Parteien gerade davor, selbst AfD-ähnliche Positionen einzunehmen? Das rücke nur die Gesellschaft insgesamt nach rechts, hebe aber kein Wählerpotenzial, sagt etwa Katrin Reimer-Gordinskaya vom Institut für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal: „Gewählt wird das Original, nicht die Kopie.“ Das sieht Varwick anders: „Das ist ja nicht zwingend eine Übernahme von extremistischen Positionen, sondern auch ein Reflex auf eine womöglich berechnete Stimmung in der Bevölkerung.“ Man solle es nicht allein der AfD überlassen, auf solche Stimmungen zu hören.

6 „Klare Kante und Mut statt Brandmauern.“

„Eine Zusammenarbeit mit der AfD im Sinne einer Koalition oder der gemeinsamen Wahl von Amtsträgern auf allen Ebenen scheidet aus“, macht Varwick deutlich. Damit liegt er auf einer Linie mit anderen Experten wie dem Magdeburger Politikpsychologen Thomas Kliche, der Kooperationen mit der AfD für fatal hält und sagt: „Es bedeutet eine sofortige Normalisierung von Rechtsextremismus.“

Varwick glaubt aber auch: Bei einzelnen Sachentscheidungen in Städten und Gemeinden lasse sich kaum begründen, allein deshalb gegen etwas zu sein, nur weil im Einzelfall auch die AfD dafür ist. „Selbstbewusstsein von Demokraten braucht insofern keine Brandmauern, sondern klare Kante, den Mut zur offenen Auseinandersetzung und den Glauben an die Kraft des eigenen Arguments.“ Das sei anstrengend, wenn die AfD mit einfachen Parolen arbeite. „Doch der bisherige Ansatz von Abgrenzung und Ignorieren hat nicht funktioniert, wie die Umfragewerte zeigen“, so Varwick.

Mit offensivem Werben um demokratische Positionen könnten andere Parteien von der AfD zumindest einen Teil der Wähler zurückgewinnen, hofft er. „Nicht alle. Aber die, die man damit noch abholen kann, muss man in die Debatte miteinbeziehen.“

Er sei dabei nicht naiv, betont Johannes Varwick. Aber vor „einem entscheidenden Jahr“ mit den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg dränge die Zeit für Demokraten, den offensiveren Kurs zu wagen: „Ich möchte jedenfalls nicht, dass wir eines Tages einen rechtsradikalen Ministerpräsidenten haben, sich dessen Positionen normalisieren – und wir am Ende auch einen rechtsradikalen Kanzler bekommen.“ **Kommentar Seite 6**

Neun Aussteiger aus rechter Szene

PRÄVENTION Zahlen zu Programm in Sachsen-Anhalt vorgelegt.

MAGDEBURG/DPA - Sachsen-Anhalts Aussteigerprogramm für Rechts-extremisten hat seit 2014 neun Männern aus der Szene herausgeholfen. Aktuell würden fünf Klienten begleitet, sagte der Leiter des Landesverfassungsschutzes, Jochen Hollmann in Magdeburg. Mit ihnen werde permanent gearbeitet, „zum Teil beginnend in der Haft, weil wir auch da gerne Klienten gewinnen.“ Im vergangenen Jahr wurde das Aussteiger-

programm verstetigt und ist seitdem ein eigenständiger Bereich in der Extremismus-Prävention. „Erfolgreich abgeschlossen heißt, sie sind zumindest nicht mehr mit entsprechenden Straftaten aufgefallen“, sagte Hollmann mit Blick auf die bislang neun Aussteiger. „Es sind zwar wenige. Aber es gibt nicht nur den Nutzen, dass jemand nicht mehr gewalttätig wird und keine Opfer mehr produziert, sondern er sitzt womöglich auch nicht mehr im Gefängnis.“ Die Auswirkungen auf das familiäre Umfeld wie die eigenen Kinder könnten auch nur besser werden, indem jemand stabilisiert und vom verfassungsförmlichen und extremistischen Pfad wegelenkt werde.

Kontakt hatten die Verfassungsschützer den Angaben zufolge von 2014 bis Juli 2023 zu vielen Menschen, über die bloße Kontaktaufnahme hinaus zu 62 Personen. Davon seien 30 Klienten in das Aussteigerprogramm übernommen worden. 14 der Männer hätten aus unterschiedlichen

Gründen abgebrochen, bei zweien habe der Verfassungsschutz die Zusammenarbeit beendet.

Bevor es an die Ideologie der Rechtsextremisten gehe, stehe die soziale Stabilisierung der Männer im Vordergrund. Vom Termin im Jobcenter bis hin zu Treffen mit den Kindern bei getrennt lebenden Eltern helfen die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, wie die Referatsleiterin für Extremismus-Prävention, Heike Luckhardt, sagte. Mit den Aussteigerwilligen werden laut Luckhardt einzelne Teilziele vereinbart, die auch kontrolliert werden. Die Klienten bleiben demnach lange im Programm, drei bis fünf Jahre, bei Erfolg gibt es noch eine halbjährige Nachbetreuung.

„Erfolgreich heißt, sie sind nicht mehr aufgefallen.“

Jochen Hollmann
Leiter Landesverfassungsschutz